

Tagesordnung 1 Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 21.09.2005

Vorlage Nr. 05-F-02-0041

Arbeit werben für Menschen

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 04.07.2005 -

Vorbemerkungen:

Die Stadtverwaltung muss Mitarbeiter in die Betriebe schicken, um aktiv für die Arbeitslosen in Wiesbaden die für sie geeigneten Stellen zu akquirieren. Verwaltung von Arbeitslosigkeit und unflexibles Einpassen von Arbeitslosen in offene Stellen waren gestern. Heute geht es darum, Arbeit für die Menschen zu werben.

Wiesbaden ist die mit Abstand größte Stadt in Deutschland, welche die Versorgung, Betreuung und Vermittlung von ALG-II-Beziehern in eigener Regie übernommen hat. Wenn Wiesbaden erfolgreich beim Werben von Arbeit für Menschen sein wird, kann die Hessische Landeshauptstadt auch als Optionskommune eine Leuchtturmfunktion wahrnehmen: Im Erfolgsfall kann das Wiesbadener Modell Vorbild sein und werden für alle anderen Optionskommunen in Deutschland.

Arbeiten ist ein existentielles Bedürfnis des Menschen. Arbeit ist zugleich eine Betätigung der eigenen Fähigkeiten. Aufgrund gut ausgeführter Arbeit können wir uns selbst schätzen und werden von anderen geschätzt. Durch die Arbeit fühlen wir uns einem größeren Zusammenhang zugehörig und haben das Bewusstsein, nützlich und gebraucht zu sein.

Umgekehrt kann erzwungene Untätigkeit und Verluste an Selbstsicherheit zu Beziehungsproblemen, in etlichen Fällen zu genereller Depressivität führen. Arbeitslosigkeit beeinträchtigt insgesamt die Fähigkeit, Glück zu empfinden. Arbeitslose fühlen sich häufig überflüssig und wertlos. Insbesondere auf Jugendliche können diese Erfahrungen prägend wirken.

Die Sozialverwaltung schätzt die Zahl derer, die in Wiesbaden auf eine Beschäftigung auf den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können auf insgesamt 13.575. Davon sind 2.385 unter 25 Jahre alt.

Eingedenk dieser Vorbemerkungen sowie der Sitzungsvorlagen 04-V-51-0034 und 05-V-51-0014 bzw. des Stadtverordnetenbeschlusses 0593 vom 18.11.'04 möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, umgehend alles nur Erdenkliche für die von diesem Schicksal betroffenen Wiesbadenrinnen und Wiesbadener zu tun, indem auf dem ersten Arbeitsmarkt für diese Menschen um Beschäftigungsmöglichkeiten geworben wird. Der Magistrat wird insbesondere gebeten,

1. seine Zusammenarbeit u.a. mit Arbeitgebern am Frankfurter Flughafen, mit Zeitarbeitsfirmen zu intensivieren, damit die Angebote und Maßnahmen zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt über die bereits erreichten 380 Plätzen hinaus maßgeblich erhöht wird;
2. die Zusammenarbeit der kommunalen Arbeitsvermittlung mit der Exina e.V. zu unterstützen, damit möglichst viele gründungswillige und hierzu geeignete ALG II Empfänger für eine nachhaltig erfolgreiche selbständige Betätigung vorbereitet werden können;

3. die kommunale Vermittlungsagentur mit allen relevanten Arbeitsmarktakteuren hoch vernetzt und eine Projektgruppe mit relevanten Unternehmern, Personalchefs und Verbandsvertretern zur Unterstützung eingerichtet wird;
 4. den städtischen Gremien ein Konzept zur Gründung einer Gesellschaft zur Beschlussfassung vorgelegt wird, deren Aufgabe die Akquisition von freien Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt für Arbeitslose ist. Hierfür soll ein Vergütungssystem erarbeitet werden, das für die Akquisiteure neben einem Fixgehalt eine Erfolgs bezogene Vergütung vorsieht, die sich an deren nachhaltigen Vermittlungserfolgen orientiert.
-

Beschluss Nr. 0253

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 04.07.2005 ist durch die Aussprache am 21.09.2005 im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung erledigt.

Tagesordnung II

Wiesbaden, .09.2005

Horschler
stv. Vorsitzender